

6. Dezember 2007, 04:00 Uhr

VON ULLI KULK

## Der Fluch des Biosprits

### Warum der exzessive Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Ersatz für Benzin die Umwelt zerstört und zu einer Explosion der Lebensmittelpreise führen könnte

Wenn es um die Schwere der Veränderungen geht, die der Klimaschutz mit sich bringen soll, so greift Hans Joachim Schellnhuber in Interviews gern zum gewichtigen Wort: In der Größenordnung "der industriellen Revolution" will der Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung den Umbau der ganzen Welt betreiben. Bei der Klimakonferenz auf Bali werden dieser Tage die Weichen für die Revolution gestellt.

Doch auf Bali, wo auf gemeinsamem Gleis Klimaschutz, Umweltschutz und Ressourcenschutz vorangetrieben werden sollten, gewinnt nun ein Richtungsstreit unerwartet an Schärfe: die Debatte um den Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Ersatz für Benzin und Energieträger in Kraftwerken. Die Bundesregierung, die sich mit dem neuen Klimaschutzprogramm erneut als weltweiter Vorreiter begreift, gab schon vor Monaten die Richtung vor, empfohlen vom Weltklimarat IPCC: Bis zum Jahr 2020 sollen die Autotanks zu einem Fünftel aus Biosprit befüllt, die Stromerzeugung mit wachsendem Anteil aus Feldfrüchten beschickt werden. EU-weit ist bislang ein Zehntel als Benzinbeimischung angepeilt.

Dagegen aber laufen immer mehr Verbände aus dem Umweltbereich sowie Experten der Entwicklungshilfe Sturm. Sie befürchten wachsenden Hunger und Armut, schwere Umweltschäden, Raubbau am Regenwald, steigende Wasserprobleme und die Konzentration von Landbesitz in südlichen Ländern, wenn der Anbau von Lebensmitteln auf den Äckern der Welt in Konkurrenz zu den nachwachsenden Rohstoffen tritt; wenn die neue "industrielle Revolution" dazu führt dass im Namen des Klimaschutzes die Industrie sich der bäuerlichen Scholle - besonders der fruchtbarsten Böden - bemächtigt.

Die Lobbyverbände auf Bali werden bestätigt durch Szenarien, die das International Food Policy Research Institute (Ifpri) aus Washington jetzt vorgelegt hat. Wie Ifpri-Chef Joachim von Braun auf einer Konferenz in Peking erklärte, dürften sich, wenn die ehrgeizigen deutschen Vorgaben in Sachen Biosprit Schule machten, die Preise etwa von Mais weltweit um 72 Prozent erhöhen, real gerechnet, wohlgemerkt: Die Verbraucher müssen den Anteil ihres Einkommens, den sie für Nahrungsmittel ausgeben, in dieser Größenordnung erhöhen. Wie das die rund eine Milliarde Erdenbewohner bewerkstelligen sollen, die heute von weniger als einem Dollar leben und mithin ihr ganzes Geld für Essen und Trinken ausgeben müssen, bleibt ein Rätsel. Abgemildert stellt sich das Problem bei anderen Nahrungsmitteln dar oder auch für den Fall, dass der Ausbau von nachwachsenden Rohstoffen etwas weniger rasant vonstatten geht. Von Braun sagt: "Beim Anteil, der heute bei der Rettung des Klimas dem Biosprit zugeordnet ist, kommen wir auf Preissteigerungen bei der Grundnahrung um 30 bis 50 Prozent."

Dass aber gerade Mais zum sozialen Sprengstoff werden kann, zeigte sich Anfang des Jahres in Mexiko, wo es zu Unruhen kam, weil die Tortillas für die Menschen unerschwinglich wurden. Hintergrund war die Verdoppelung des Maispreises innerhalb eines Jahres, ausgelöst durch die wachsende Nachfrage aus dem Nachbarland USA zur Herstellung von Treibstoff.

"Die Preise für Rohstoffe, die zur Biospritherstellung genutzt werden, sind immer deutlicher gekoppelt an die Energiepreise," sagt Joachim von Braun, "in den letzten fünf Jahren waren die Preisschwankungen bei Ölsaaten, Weizen und Mais doppelt so hoch wie in den Dekaden zuvor." Wie die Kräfteverhältnisse zwischen dem menschlichen Bauch und dem Autotank liegen, kann jeder Verbraucher erahnen nach der Formel: von den pflanzlichen Rohstoffen, die für zwei Tankfüllungen von 60 Litern aufgewendet werden, könnte ein Mensch ein ganzes Jahr leben. Wollten die USA auch nur die Hälfte jenes 20-prozentigen Anteils, der bei uns Pflicht wird, als Biosprit in den Tank kippen, müssten sie die gesamte Mais und Sojaernte der Nahrungsproduktion entziehen.

Dass die Erfahrungen in Deutschland, wo in den vergangenen Monaten die Lebensmittelpreise auch so stark anzogen wie seit Jahrzehnten nicht mehr, für die Dritte Welt nicht gelten können, liegt auf der Hand. "Die Verbraucher in den ärmeren Ländern sind ungleich stärker von den Preisschwankungen betroffen wie diejenigen in den Industrieländern", heißt es beim Ifpri, wo man sich insbesondere gegen eine steuerliche Förderung von Agrobrennstoffen ausspricht: "Subventionen für Biosprit richten sich extrem gegen die Menschen in den armen Ländern, weil sie indirekt als Steuern auf deren Grundnahrungsmittel wirken."

Global gerechnet mag heute ein noch geringer Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die Herstellung von Kraftstoffen genutzt werden. Entscheidend aber sei, so befürchten Entwicklungsexperten, dass besonders die

ertragreichsten Böden in Lateinamerika und Asien teilweise aus der Nahrungserzeugung herausfallen könnten, um für industrielle Monokulturen bei erhöhtem Chemieeinsatz genutzt zu werden. Das evangelische Hilfswerk "Brot für die Welt" warnte bei seiner diesjährigen Adventsaktion ausdrücklich: "Nahrungsmittel werden immer häufiger zur Sättigung des weltweiten Rohstoffhungers missbraucht", was die Ernährung von Millionen von Menschen gefährde. Die britische Organisation Oxfam, eine der renommiertesten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die auf Bali Lobbyarbeit betreibt, findet es "deshalb völlig inakzeptabel, dass arme Menschen in Entwicklungsländern die sozialen und ökologischen Kosten für die Klimaschutzziele der EU tragen sollen". Oxfam berichtet von illegaler Landnahme in Indonesien und am Amazonas zulasten von Kleinbauern, die ihre profitablen Böden an potente Investoren verloren.

Bei einer Anhörung, die der Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft vor drei Wochen veranstaltete, waren die Mahnrufe der Experten nicht zu überhören. Reinhard Behrend, Chef des Umweltverbandes "Rettet den Regenwald", wies dabei auf ein weiteres Problem hin: dass bei der Herstellung von Biosprit bisweilen mehr Kohlendioxid in die Luft gepustet wird, als unterm Strich eingespart würde. "Eine Tonne Biodiesel aus indonesischen Palmölplantagen verursacht durch die Zerstörung der Torfwälder, die vorher dort standen, rund 20 Tonnen Kohlendioxid - also genau das Gegenteil des Erwünschten." Andere Experten kritisieren, dass - auch unabhängig von der Regenwaldzerstörung - die Umwandlung der Biomasse in Ethanol sehr energieaufwendig und somit nicht "klimaneutral" sei.

Nicht nur die Nahrungsversorgung der Menschen ist durch die Biospritproduktion in Gefahr. Auch ihr Zugang zu Trinkwasser, sowieso seit Langem Sorgenkind von den UN und Organisationen wie dem Ifpri, gerät durch den Biospritboom zunehmend ins Hintertreffen. Das Internationale Institut für Wasserwirtschaft in Sri Lanka weist darauf hin, dass der Anbau von Pflanzen für einen einzigen Liter Biokraftstoff bis zu 3500 Liter Wasser verschlingt. Die mangelnde Versorgung mit sauberem Trinkwasser - eine Milliarden Menschen haben schon heute keinen Zugang dazu - wird seit Jahr und Tag als Kriegsgrund der Zukunft angesehen. Sollte sich das Problem durch allzu unüberlegte Schritte beim Klimaschutz verschärfen, erschiene die Vergabe des Friedensnobelpreises an Al Gore in neuem Licht.